



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

LANDESPOLITIK UND LIGA	3
Liga-Vorstand und Mitgliederversammlung	3
AKTIONSWOCHE ARMUT 15. Oktober 2018 – 21. Oktober 2018	3
Aufaktpressekonferenz Aktionswoche "Armut bedroht alle - Teilhaben // Teilsein" - Statement Reinhold Schimkowski	3
Presserklärung der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg LAK-BW 15. Aktionswoche Baden-Württemberg: Armut bedroht Alle!	4
Die lak-bw hat zur diesjährigen Aktionswoche 2018 "Teilhaben//Teilsein - Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte!" eine Reihe von 14 Vorschlägen und Forderungen	5
DGB Pressemitteilung zur landesweiten Aktionswoche "Armut bedroht alle" vom 15. bis 21. Oktober 2018.....	6
Landesbeirat für Armutsbekämpfung – Schreiben an Minister Lucha	7
Wohlfahrtsverbände diskutieren mit Bundestagsabgeordneten über Fremdenfeindlichkeit und Integrationsförderung.....	7
Stellungnahme der Liga zur Beantwortung der Großen Anfrage der Regierungsfractionen CDU und GRÜNE zur Zukunft des Ehrenamts in Ba-Wü.....	7
AWO	8
Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften fordern Änderungen im Entwurf des Gute-Kita- Gesetzes	8
AWO lehnt soziales Pflichtjahr ab	8
Gute-Kita-Gesetz – Bund muss stärker in die Pflicht	8
Gemeinsamer Aufruf: „Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentner*innen“	9
Tag der berufstätigen Eltern – AWO fordert mehr Respekt und Unterstützung für berufstätige Alleinerziehende.....	9
AWO fordert Mietpreisbremse dringend zu reformieren.....	10
Ausbildungsstatistik – Mehr geflüchteten Jugendlichen Ausbildung ermöglichen	10

DER PARITÄTISCHE	11
Pressemitteilung zum „Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut“ am 17.10.2018	11
Berufungsverhandlung zum Fall der Ärztin Kristina Hänel: PARITÄTISCHER und pro familia fordern Aufhebung des Informationsverbots für Schwangerschaftsabbrüche	11
Zum Tag der seelischen Gesundheit am 10.10.2018	12
Pressemitteilung zum Internationalen Mädchentag am 11. Oktober 2018	12
Land richtet Kinderschutzkommission ein - Der PARITÄTISCHE fordert Einbindung der Freien Wohlfahrtspflege	12
DIAKONIE BADEN.....	13
Europäische Asylkonferenz in Griechenland.....	13
Die Garantie dauerhafter Hilfe.....	13
DIAKONIE WÜRTTEMBERG	14
Jugenddiakonienpreis Baden-Württemberg ehrt Engagement von Jugendlichen	14
Kosovo-Ausbildungsprojekt erfolgreich	14
Tag der Stiftungen (1. Oktober) ist Geburtstagfest für neue Stiftung	14
CARITAS FREIBURG	15
Caritas bittet um Spenden	15
CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART.....	15
Journalistenpreis der Caritas in Baden-Württemberg: Einsendeschluss am 1. November 2018.....	15
Tag der seelischen Gesundheit: Wenn sich Eltern nach der Trennung massiv streiten, sind Kinder die Hauptleidtragenden.....	16
Sozialpolitisches Angebot.....	16
DRK	17
Politik und Rotes Kreuz ehren Dr. Lorenz Menz nach 16-jähriger Präsidentschaft.....	17
50. DRK-Landesversammlung - Barbara Bosch zur neuen Präsidentin gewählt	17
Zweiter Notfallsanitäter-Jahrgang des DRK in Baden-Württemberg mit 127 Absolventen beendet Ausbildung	17
IN EIGENER SACHE	18
Stellenausschreibung	18

LANDESPOLITIK UND LIGA

[Liga-Vorstand und Mitgliederversammlung](#)

Mitte Oktober kam der Vorstand der Liga zu einer Sitzung zusammen. Wesentlicher Inhalt war die Verabschiedung einer neuen Satzung. Weitere Informationen folgen nach Eintrag ins Vereinsregister. Im Zuge der Sitzung wurde die Ausschreibung für die Neubesetzung der Geschäftsführerstelle in Nachfolge von Frau Weiser abgestimmt.

Zusammen mit den Vorsitzenden der Liga-Fachausschüsse widmete sich der Vorstand im Anschluss der Umsetzung der für das Jahr 2018 geplanten Facharbeit. Die Ausschüsse berichteten von Vorhaben und Ergebnissen, zum Teil auch von Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Verschiedene Stellungnahmen und Schreiben an Ministerien etc. wurden verabschiedet und Gespräche auf Vorstandsebene vorbereitet. Wir werden berichten.

In eigener Sache:

Die Geschäftsführerin der Liga geht Mitte des Jahres 2019 in den Ruhestand. Der Liga-Vorstand schreibt die Geschäftsführung (m/w/d) zum 1.7.2019 aus.

[ZUR STELLENAUSSCHREIBUNG](#)

[AKTIONSWOCHE ARMUT 15. Oktober 2018 – 21. Oktober 2018](#)

[Auftaktpressekonferenz Aktionswoche "Armut bedroht alle - Teilhaben // Teilsein" - Statement Reinhold Schimkowski](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die diesjährige Aktionswoche hat neben den Themenbereichen Bildung und Arbeit die gegenwärtig zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit zum Thema: bezahlbares Wohnen. Wohnraum ist immer auch als Sozialgut zu verstehen. Als Schutz- und Gestaltungsraum, als Rückzugsort und Ausgangspunkt für soziale Teilhabe: kurz eine Wohnung bietet Freiheit, Sicherheit und Teilhabe – sie schafft Heimat.

Wohnen ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sondern betrifft unmittelbar die Menschenwürde und gehört zum als notwendig anerkannten Existenzminimum. Die Erhaltung von Wohnraum und die Verhinderung von Wohnungslosigkeit muss daher oberste Priorität haben. Daher fordern wir die Landesregierung auf, das Rechts auf Wohnen in der Landesverfassung zu verankern.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD STATEMENT](#)



Von links nach rechts: Roland Saurer, Sprecher der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK - BW), York Töllner, Gründungsmitglied der LAK-BW, Martin Kunzmann, Vorsitzender des DGB baden-Württembergs und Reinhold Schimkowski, Vorstandsvorsitzenden der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

[Presserklärung der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg LAK-BW 15. Aktionswoche Baden-Württemberg: Armut bedroht Alle!](#)

Seit 2012 haben sich Basisinitiativen, DGB-Gewerkschaft und Sozialverbände in Baden-Württemberg zur Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg (LAK-BW) zusammengeschlossen, um gemeinsam die landesweiten Armutsthemen in die Landpolitik einzubringen. Das Besondere an der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg ist, dass hier von Armut und Ausgrenzung betroffene Menschen mit den Verbänden partizipativ an einem Tisch sitzen.

Zu den Projekten der LAK-BW gehört die im Jahr 2003 gestartete, jährlich stattfindende landesweite Aktionswoche: Armut bedroht Alle!. Zu diesem Grundmotto gehört jedes Jahr ein besonderer Schwerpunkt, der 2018 auf „Teilhabe/ Teilsein“ liegt.

Damit ist sicherlich mehr gemeint, als dass jeder Bürger in Baden-Württemberg wenigstens eine Scheibe Brot auf seinem Teller hat. Dazu gehören unbedingt die Teilhabe an Bildung, eine gute Arbeit, ein Dach über dem Kopf. Unsere Grundforderungen sind als Symbole auf der Werbekarte zur Aktionswoche (Brot für Leben, Werkzeug für Arbeit, Schreibstifte und Lineal für Bildung) dargestellt.

Aus den Zahlen des Armutsberichts der Landesregierung von 2015 ist abzuleiten, dass Menschen mit wenig Geld, Menschen in prekären Verhältnissen oder gar ganz am Rande der Gesellschaft, in diesen Belangen benachteiligt oder gar nicht mehr beteiligt sind.

Die LAK-BW fordert deshalb, die Ansprüche auf Bildung, auf Arbeit und auf Wohnen als Grundrechte in unsere

Landesverfassung aufzunehmen. Das Menschenrecht auf Teilhaben an und Teilsein unserer Gesellschaft für alle ist konsequenter nächster Schritt. Auch Teilhaben oder Partizipation gehören in die Landesverfassung. Partiiell wurden seit 2003 Fortschritte erzielt: Kinder- und Familienarmut sind noch lange nicht überwunden, aber einzelne Maßnahmen wie die Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss zeigen in die richtige Richtung. Die LAB-BW hat ein breites Netzwerk zur Weiterentwicklung der „Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen“ auf den Weg gebracht. Dieses wird am 17. Oktober einen ersten öffentlichen Aufschlag machen und auf dem Fachtag in der Dualen Hochschule das „Stuttgarter Manifest zur Politischen Bildung für und mit Menschen in prekären Lebenslagen“ veröffentlichen.

Doch „Teilhaben // Teilsein“ ist weit mehr: Ganzheitliche Beteiligung – garantierte Menschenrechte und Menschenwürde. Dafür ist eine politische Agenda in Baden-Württemberg zu entwickeln. Diese Forderungen wollen wir am 19.10.2018 in der Diskussion unter dem Titel „Teilhabe in Baden-Württemberg? – Wo stehen wir und wo wollen wir hin?“ mit Landespolitikern aufgreifen.

Mit diesen Aktionen wollen wir Impulse geben und unseren Beitrag zur nachhaltigen Überwindung von Armut und Ausgrenzung in Baden-Württemberg leisten.

Rottweil/Karlsruhe/Stuttgart, 15.10.2018

Die Sprecher der Landesarmutskonferenz

Für die Basisinitiativen: Roland Saurer, Netzwerk 1

Für die Verbände: Dr. Ulrike Hahn, Netzwerk 2

Informationen im Internet zur Aktionswoche unter

<https://www.liga-bw.de/> und unter <http://www.landesarutskonferenz-bw.de/>

[DOWNLOAD PRESSEERKLÄRUNG](#)

[Die lak-bw hat zur diesjährigen Aktionswoche 2018 "Teilhaben//Teilsein - Bildung, Arbeit, Wohnen sind Menschenrechte!" eine Reihe von 14 Vorschlägen und Forderungen:](#)

- fortschreibung des bawü-reichtum- und armutsberichts von 2015
- projekte des empowerments und der befähigung von betroffenen menschen in armutslagen, um sich in gesellschaftlichen organisationen und diskurse einmischen zu können,
- wissenschaftliche untersuchungen der lebenslage von menschen in extremer armut und exklusion,
- planungen für ein treffen von menschen mit armutserfahrungen in baden-württemberg im jahr 2019 analog den treffen in berlin und brüssel
- schaffung eines parlamentes der ausgegrenzten, der prekären, der gesellschaftlichen verlierer, der menschen in armutslagen unter dem Dach der lak-bw (vgl. siehe Östereich!)
- Menschenrechte auf Teilhabe, Bildung, Arbeit und Wohnen in die Landesverfassung Baden-Württemberg
- Erwerbslosentreffs in allen Stadt- und Landkreisen baden-württembergs , 42 statt 10.
- Keine Massnahmen der Arbeitsförderung nach SGB II und III ohne Mindestlohn

- Ombudsstelle für armutsfragen auf landesebene
- Finanzausstattung von Basisorganisationen der Prekären und Armen zur Schaffung einer hauptberuflichen Organisationsstruktur.
- Pilotprojekt bedingungsloses grundeinkommen für langzeiterwerbslose, vergleichbar Projekten in Finnland etc.
- Mindestrente, die einem sozialkulturellen Niveau entspricht. EU-Grenze von 60 % zzgl. 30%; d.h. Abschaffung der Armutsrenten in Baden-Württemberg,
- Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr für Menschen in prekären Lebenslagen
- Mietenstopp in baden-Württemberg und Verbot der bodenspekulation in den Stadt- und Landkreisen Baden- Württembergs.

Für die landesarmutskonferenz lak-bw

Roland Saurer

sprecher lak-bw

Für den Bereich Bildung ergänzt York Toellner aus dem Netzwerk 1:

"Ein Blick auf die Hochschulen und Universitäten im Land macht den Ausschluss der von Armut betroffenen Menschen leider klar deutlich.

Bildung muss man sich leisten können, wer arm ist kann sich diesen Luxus leider nicht leisten."

In seinem Statement geht Herr Toellner auch auf andere Bildungsangebote ein, die die Armutsbevölkerung ausschließt oder sie vergisst.

[DOWNLOAD FORDERUNGEN](#)

[DGB Pressemitteilung zur landesweiten Aktionswoche "Armut bedroht alle" vom 15. bis 21. Oktober 2018](#)

Tarifverträge sichern den Beschäftigten dauerhaft höhere Einkommen

Der Arbeitsmarkt boomt, doch eine steigende Zahl von Menschen ist trotz Arbeit arm. In Baden-Württemberg galten im vergangenen Jahr 8,4 Prozent der abhängig Beschäftigten – das sind 383.606 Frauen und Männer – als arm. Das heißt, ihr Haushaltseinkommen beträgt weniger als 60 Prozent des gewichteten durchschnittlichen Entgeltes. Es ist besorgniserregend, dass ihr Anteil an allen Beschäftigten trotz der guten Konjunktur zunimmt. 2005 lag er noch bei 7,0 Prozent. Dies zeigt, dass Baden-Württemberg noch ein ganzes Stück vom Musterland für gute Arbeit entfernt ist.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD PRESSEMITTEILUNG](#)

[Landesbeirat für Armutsbekämpfung – Schreiben an Minister Lucha](#)

Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

wir bedanken uns für die informative und konstruktive Sitzung des Landesbeirats am 18.09.2018.

Der LIGA und auch den anderen Beiratsmitgliedern geht es um die Fortführung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Wir haben uns im Beirat auf das Basisindikatorenmodell verständigt, das wir mittragen.

Ihre Betonung einer schlanken, operationalisierbaren Berichtserstattung unterstützen wir, ohne ausschließen zu wollen, dass es in der Zukunft nochmals zu einer umfassenden Berichtserstattung kommen kann.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD SCHREIBEN](#)

[Wohlfahrtsverbände diskutieren mit Bundestagsabgeordneten über Fremdenfeindlichkeit und Integrationsförderung](#)

„Gelingende Integration ist die beste Investition in ein friedvolles Zusammenleben“

Stuttgart/Heidelberg, 20.09.2018. Wie können zugewanderte Menschen ihren Platz in unserer Gesellschaft finden? Hilft eine gute Integration dabei, Vorurteile abzubauen und so Fremdenfeindlichkeit zu verhindern? Für die Wohlfahrtsverbände in Baden-Württemberg steht fest: eine gelingende Integration und eine gute Gestaltung der gesellschaftlichen Vielfalt sind im Sinne einer Prävention gegen Rechtspopulismus zentral. Mit ihrer Beratung von jugendlichen und erwachsenen Migrantinnen und Migranten leisten die Verbände der Liga der freien Wohlfahrtspflege im Südwesten daher einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bei einem Podiumsgespräch mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Lars Castellucci (SPD), Dr. Danyal Bayaz (Die Grünen) und Gökay Akbulut (DIE LINKE) im Forum am Park in Heidelberg machten die Mitarbeitenden der Wohlfahrtsverbände deutlich, dass eine bessere personelle Ausstattung der Migrationsberatungsstellen erforderlich ist, um ein nachhaltiges Gelingen der Integration und ein gutes Zusammenleben anzustoßen.

[Weiterlesen...](#)

[Stellungnahme der Liga zur Beantwortung der Großen Anfrage der Regierungsfractionen CDU und GRÜNE zur Zukunft des Ehrenamts in Ba-Wü](#)

Die Landesregierung hat Ende Juni 2018 auf die Große Anfrage der Regierungsfractionen zur „Zukunft des Ehrenamts in Baden-Württemberg“ geantwortet (Landtagsdrucksache 16/3874). Die ausführliche Antwort gibt ein gutes Bild des vielfältigen freiwilligen Engagements im Land und dessen gewachsener Bedeutung wieder. Da der Beantwortung der Anfrage keine Beteiligung der Verbände vorausgegangen ist, ist es aus Sicht der Liga der Freien Wohlfahrtspflege allerdings angezeigt, Ergänzungen vorzunehmen und einige zusätzliche Aspekte zu nennen. Dies möchten wir im Folgenden tun.

[Weiterlesen...](#)

[DOWNLOAD STELLUNGNAHME](#)

Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften fordern Änderungen im Entwurf des Gute-Kita-Gesetzes

Berlin, 18. Oktober 2018. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Gewerkschaften sehen Nachbesserungsbedarf im Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. **Berlin, 18. Oktober 2018.** Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege und die Gewerkschaften sehen Nachbesserungsbedarf im Entwurf des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung. Dazu haben sie ein [Forderungspapier](#) erarbeitet.

[Weiterlesen...](#)

AWO lehnt soziales Pflichtjahr ab

Berlin, 25 September 2018. Auf Einladung des Bundesgesundheitsministers trafen sich heute 18 Sozial- und Wohlfahrtsverbände zum Austausch über einen allgemeinen Pflichtdienst. Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler erklärt dazu:

„Auch wenn die AWO ganz entschieden gegen jeden Pflichtdienst ist, ist sie der Einladung des Bundesgesundheitsministers gerne nachgekommen. Wir begrüßen grundsätzlich jede Debatte darüber, wie wir gemeinsam zu mehr sozialem Zusammenhalt und Teilhabe beitragen können. Ein Pflichtdienst, der junge Menschen in erster Linie zu billigen Arbeitskräften macht, hilft hier ganz sicher nicht.“

Junge Menschen können nicht das strukturelle Fachkräfteproblem der Pflege lösen. Dazu bedarf es in erster Linie besserer Arbeitsbedingungen. Dennoch freut es uns, dass das Thema Engagement auf der höchsten politischen Ebene angekommen ist. Die Bürgerinnen und Bürger – gerade junge Menschen – sind bereit, sich einzubringen und sich zu engagieren.

Möchte man mehr engagierte junge Frauen und Männer benötigt man attraktivere Rahmenbedingungen. Wir fordern zum Beispiel kostenfreie Nahverkehrstickets für alle, die einen Freiwilligendienst leisten und eine klare Berücksichtigung eines Freiwilligendienstes bei der Vergabe von Studienplätzen. Denn klar ist, Engagement muss belohnt werden.“

Gute-Kita-Gesetz – Bund muss stärker in die Pflicht

Berlin, 19. September 2018. Das Bundeskabinett hat heute das sogenannte Gute-Kita-Gesetz verabschiedet. „Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, dass es um die frühkindliche Betreuung in Deutschland nicht zum Besten steht. Von daher ist jedes Gesetz, das auf Verbesserungen abzielt, zu begrüßen“, erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler, fügt aber hinzu: „Leider wird es diesem Gesetz nicht gelingen, die frühkindliche Bildung flächendeckend zu verbessern.“ Nach Meinung der AWO müssten dafür in Sachen Finanzierung mindestens die Beschlüsse der Jugend- und Familienministerkonferenz umgesetzt werden. Im aktuellen

Gesetzentwurf gibt der Bund seine finanziellen Zusagen nur bis zum Jahr 2022. „Der Bund muss in die Pflicht und dauerhaft Gelder in die gesellschaftlich so wichtige Aufgabe der Kinderbetreuung investieren“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

[Weiterlesen...](#)

Gemeinsamer Aufruf: „Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentner*innen“

Berlin, 14. September 2018. Gemeinsam fordern AWO Bundesverband, Caritas Deutschland, Diakonie Deutschland, Paritätischer Gesamtverband, Ver.di, und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland den

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auf, die geplante Gesetzesänderung, die zu einer finanziellen Benachteiligung pflegender Rentnerinnen und Rentner führt, zurückzunehmen. Bisher können gerade die Bezieherinnen und Bezieher kleiner Renten ihre Bezüge etwas aufbessern, wenn sie Angehörige pflegen. Dazu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Die pflegenden Angehörigen sind der größte Pflegedienstleister der Republik. Viele von ihnen sind bereits selber schon im Rentenalter. Dass sie durch ihre Pflege finanziell etwas bessergestellt werden, sollte selbstverständlich sein. Deshalb fordert die AWO Hände weg von den Rentenbeiträgen für pflegende Rentnerinnen und Rentner.“

[Aufruf](#)

Tag der berufstätigen Eltern – AWO fordert mehr Respekt und Unterstützung für berufstätige Alleinerziehende

Berlin, 14. September 2018. Anlässlich des Tages der berufstätigen Eltern am 16. September möchte die AWO allen Müttern und Vätern ihre Anerkennung und ihren Dank aussprechen. In diesem Sinne erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Tagtäglich werden in Familien vielfältige Leistungen erbracht, die für den Zusammenhalt und die Zukunft unserer Gesellschaft grundlegend sind. Besonders gefordert sind Eltern, die jeden Tag ihre Familie mit einer Berufstätigkeit zu vereinbaren zu versuchen. Für alleinerziehende Berufstätige ist die Situation am schwierigsten. Sie verdienen nicht nur unseren Respekt, sondern benötigen gezielte Unterstützung.“

[Weiterlesen...](#)

[AWO fordert Rückkehr zum Modell der lebensstandardsichernden Rente](#)

Berlin, 13. September 2018. Anlässlich der Studienergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und der aktuellen Diskussionen um die wachsende Rentenlücke erklärt der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler:

„Wir brauchen einen Wiedereinstieg in die lebensstandardsichernde Rente. Es wird immer klarer, dass der Ausstieg aus diesem Modell vor mehr als 15 Jahren ein Fehler war. Der Abbau des Rentenniveaus trifft nicht nur Geringverdiener, sondern alle Versicherten. Viele können die wachsende Rentenlücke nicht mit einer Riesen-Rente oder einer Betriebsrente kompensieren. Ihnen fehlen entweder das Geld oder attraktive und transparente Angebote. Wer den Ausgleich der Rentenlücke nicht schafft, muss sich im Alter auf harte Einschnitte beim Lebensstandard und schlimmstenfalls auf Altersarmut gefasst machen.“

Die vor 15 Jahren propagierte Lebensstandardsicherung aus drei Säulen, nämlich aus gesetzlicher Rente, Riesen-Rente und Betriebsrente, ist für die allermeisten Versicherten eine Fiktion geblieben. Die Zusatzvorsorge kann eine starke gesetzliche Rente ergänzen, sie kann sie aber nicht ersetzen. Die Politik steht in der Verantwortung, dies zu erkennen und den Menschen ein realistisches Angebot auf eine Lebensstandardsicherung im Alter zu machen. Mit der doppelten Haltelinie ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. Die Bundesregierung muss jetzt den Weg für eine langfristige Verbesserung des Rentenniveaus ebnen.“

[AWO fordert Mietpreisbremse dringend zu reformieren](#)

Berlin, 04. September 2018. Auf der morgigen Tagesordnung des Bundeskabinetts steht die Verschärfung der Mietpreisbremse. Wie nötig das ist, zeigen die heutigen Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Zahl der Wohngeldempfänger. Demnach benötigen fast 600.000 Haushalte staatliche Unterstützung, um ihre Miete bezahlen zu können. Dazu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Wohnen ist ein Grundbedürfnis aller, doch die eigene Miete zahlen, können offensichtlich immer weniger Menschen. Ohne eine funktionierende Mietpreisbremse wird die Zahl derjenigen, die Wohngeld benötigen immer weiter steigen. Die AWO fordert vor allem drei Maßnahmen gegen die Wohnungsnot: ein höheres Wohngeld, eine wirksamere Mietpreisbremse und einen verstärkten sozialen Wohnungsbau.“

[Weiterlesen...](#)

[Ausbildungsstatistik – Mehr geflüchteten Jugendlichen Ausbildung ermöglichen](#)

Berlin, 15. August 2018. Die heute vom statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zur Berufsausbildungsstatistik zeigen, dass die Zahl Auszubildender mit Fluchterfahrung deutlich gestiegen ist. „Das sind zunächst einmal erfreuliche Nachrichten, allerdings könnten die Zahlen deutlich höher liegen, wenn Arbeitgeber die Sicherheit hätten, dass Auszubildende nicht während oder direkt nach der Ausbildung abgeschoben werden können“, zeigt sich der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler überzeugt und ergänzt: „Die AWO

fordert eine Bleibegarantie für Auszubildende.“ Auch in Sachen Bleibeperspektive sieht die AWO dringenden Handlungsbedarf. „Es gibt keine bessere Bleibeperspektive als eine Ausbildung“, betont der AWO Bundesvorsitzende.

[Weiterlesen...](#)

DER PARITÄTISCHE

[Pressemitteilung zum „Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut“ am 17.10.2018](#)

Der PARITÄTISCHE und Verein der Wohnungslosenhilfe „SOZPÄDAL“ fordern konkrete Maßnahmen für Familien mit Kindern

Stuttgart/Karlsruhe 16.10.2018 Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg nimmt den „Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut“ am 17.10.2018 zum Anlass, um auf die Situation von Kindern und minderjährigen Jugendlichen in Familien aufmerksam zu machen, die aufgrund von Wohnungslosigkeit in ordnungsrechtlicher Unterbringung leben müssen. Der Verband fordert Verbesserungen für diese Familien und insbesondere deren Kinder. Rund 3.000 Kinder und Jugendliche lebten 2015 in ordnungsrechtlicher Unterbringung. Das ergab die GISS-Studie im Auftrag des baden-württembergischen Sozialministeriums. Der Verband fordert die Einführung einer landesweiten Wohnungsnotfallstatistik, in der auch betroffene Kinder mit erfasst werden. Zur Beendigung der Wohnungslosigkeit von Kindern fordert der PARITÄTISCHE konkrete Maßnahmen in der Wohnungspolitik sowie spezielle Betreuungsangebote für die betroffenen Familien.

[Weiterlesen...](#)

[Berufungsverhandlung zum Fall der Ärztin Kristina Hänel: PARITÄTISCHER und pro familia fordern Aufhebung des Informationsverbots für Schwangerschaftsabbrüche](#)

Stuttgart, 12.10.2018 Heute findet die Berufungsverhandlung zum Fall Kristina Hänel am Landgericht Gießen statt. Die Ärztin wurde wegen des Verstoßes gegen Paragraph 219a des Strafgesetzbuches „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ verurteilt. Der PARITÄTISCHE und pro familia Baden Württemberg fordern erneut eine Abschaffung des Paragraphen, der sachliche Informationen von Ärzt/innen zum Schwangerschaftsabbruch unter den Begriff „Werbung“ fasst. Die gesetzlichen Regelungen und Fristen sind in Paragraph 218 des Strafgesetzbuches und im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt. Bis zur zwölften Woche nach Empfängnis ist der Schwangerschaftsabbruch straffrei, wenn die Frau sich drei Tage vor dem Eingriff in einer staatlich anerkannten Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle hat beraten lassen. In Baden-Württemberg berät pro familia im Rahmen dieser Pflichtberatung rund 6.500 Personen im Jahr.

[Weiterlesen...](#)

[Zum Tag der seelischen Gesundheit am 10.10.2018](#)

PARITÄTISCHER fordert Ausbau präventiver und niederschwelliger Angebote für junge Menschen

Stuttgart 09.10.2018 Anlässlich des Internationalen Tages der seelischen Gesundheit macht der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg auf die steigende Zahl psychisch kranker Menschen im Land aufmerksam und fordert eine bessere flächendeckende Prävention und Versorgung insbesondere für junge Menschen. Aus Sicht des Verbandes müssen Präventionsangebote an Schulen weiter ausgebaut und dabei verstärkt mit psychiatrischen Beratungsstellen kooperiert werden. Eine große Chance sieht der Verband in niederschwelligen Angeboten wie Online-Beratungen und "Peer-to-Peer"-Beratungen also durch Menschen mit eigener Psychiatrie-Erfahrung.

[Weiterlesen...](#)

[Pressemitteilung zum Internationalen Mädchentag am 11. Oktober 2018](#)

„Takaa – Niroo“ – ein Projekt zur Stärkung geflüchteter Frauen und Mädchen geht an den Start

15 Projektstandorte in Baden-Württemberg legen Bestärkungsprogramme auf

Stuttgart, 08.10.2018 Mit speziellen traumasensiblen und interkulturell ausgerichteten Mädchen- und Frauengruppen in Flüchtlingsunterkünften soll das Projekt „Takaa – Niroo“ der Werkstatt PARITÄT in Kooperation mit dem PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg geflüchtete Frauen und Mädchen dabei unterstützen, belastende Erfahrungen zu verarbeiten und sie zu stärken. Das Projekt wird bis Ende 2020 an 15 Projektstandorten in Baden-Württemberg von Mädchen- und Fraueneinrichtungen sowie Einrichtungen der Familienhilfe und Flüchtlingsarbeit durchgeführt und von der Baden-Württemberg Stiftung gefördert.

[Weiterlesen...](#)

[Land richtet Kinderschutzkommission ein - Der PARITÄTISCHE fordert Einbindung der Freien Wohlfahrtspflege](#)

Stuttgart 04.10.2018 Der PARITÄTISCHE Baden-Württemberg begrüßt die Initiative des Landes, eine „Kommission für den Kinderschutz“ einzurichten. Kritisch sieht der Verband die vorgesehene Besetzung des interministeriellen Expertengremiums unter Vorsitz des Sozialministeriums. Bisher wurde die Freie Wohlfahrtspflege nicht angefragt. Für eine stichhaltige Analyse und die Verbesserung und Weiterentwicklung des Kinderschutzes im Land müssen alle relevanten Akteure und damit auch die Freie Wohlfahrtspflege und ihre Fachberatungsstellen vertreten sein, fordert der Verband. Die Kommission tagt erstmalig Anfang November 2018.

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE BADEN

[Europäische Asylkonferenz in Griechenland](#)

Kirchen gegen Aushöhlung des Flüchtlingsrechts

Unter Beteiligung der Evangelischen Landeskirche in Baden und ihrer Diakonie hat auf der griechischen Insel Chios die „Asyl-Konferenz“ europäischer Kirchen und Flüchtlingshilfsorganisationen begonnen. Jürgen Blechinger, Jurist und Referent für Flucht und Migration der Evangelischen Landeskirche und des Diakonischen Werks Baden sagte, das Treffen versuche der Aushöhlung von Flüchtlingsrechten entgegenwirken. Dafür sei der gemeinsame Austausch in europäischem Rahmen extrem wichtig.

[Weiterlesen...](#)

[Die Garantie dauerhafter Hilfe](#)

6. Stiftungsforum Kirche und Diakonie in Baden

Rund 100 Stifterinnen und Stifter haben sich in Karlsruhe zum 6. Stiftungsforum der Evangelischen Landeskirche in Baden und ihrer Diakonie getroffen. Das Treffen diene in erster Linie dem Austausch von Expertenwissen und damit der Weiterbildung. Ziel war es dabei, Hilfe für benachteiligte Menschen über stifterisches Handeln langfristig garantieren zu können.

In Arbeitskreisen ging es deshalb darum, Antworten auf das dauerhafte Zinstief zu finden, rechtliche Rahmenbedingungen sowie Datenschutzregelungen zu erlernen, aber auch, warum man für die Arbeit der eigenen Stiftung nach Partnern und Verbündeten Ausschau halten sollte.

[Weiterlesen...](#)

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

[Jugenddiakoniepreis Baden-Württemberg ehrt Engagement von Jugendlichen](#)

Diakonisches Werk Württemberg, Evangelische Jugend in Baden-Württemberg sowie die Zieglerschen haben acht Gewinner mit dem Jugenddiakoniepreis MachMit! Award 2018 ausgezeichnet.

Stuttgart/Ludwigsburg, 15. Oktober 2018. Den Jugenddiakoniepreis MachMit! Award der Diakonie und der Evangelischen Jugend in Baden und Württemberg haben acht Vorzeigeprojekte verliehen bekommen. Die Preisverleihung fand in der MHP Arena in Ludwigsburg im Rahmen des Jugendfestival Younify Evangelischen Jugendwerks Württemberg (ejw) statt. Rund 1.000 Jugendliche nahmen an dieser Veranstaltung teil.

[Weiterlesen...](#)

[Kosovo-Ausbildungsprojekt erfolgreich](#)

Erster Jahrgang beendet die Altenpflegeausbildung

Das Diakonische Werk Württemberg ermöglicht jungen Menschen aus dem Kosovo, in Deutschland eine dreijährige Ausbildung zur Altenpflegefachkraft zu absolvieren. So soll dem Fachkräftemangel entgegengewirkt und legale Migration ermöglicht werden.

Stuttgart, 12. Oktober 2018. Der erste Jahrgang des Kosovo-Ausbildungsprojektes des Diakonischen Werk Württembergs hat seine Ausbildung beendet. Rund 145 weitere junge Menschen aus dem Kosovo sind noch in Ausbildung, dazu zehn im Freiwilligen Sozialen Jahr in der Altenpflege, im Herbst 2019 beginnen rund hundert Kosovaren ihre Ausbildung in Baden-Württemberg. „Wir freuen uns, dass das Projekt so gut läuft. Es ist unser biblisch begründeter Auftrag, auch für das Wohl der Pflegekräfte zu sorgen. Es geht uns um die Gestaltung fairer Arbeitsmigration“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.

[Weiterlesen...](#)

[Tag der Stiftungen \(1. Oktober\) ist Geburtstagfest für neue Stiftung](#)

Mit „Stütze“ fördert Diakonie Württemberg psychisch kranke Menschen

Stuttgart, 27. September 2018. Für die Stiftung Diakonie Württemberg gibt es am 1. Oktober doppelten Grund zum Feiern: Am Tag der Stiftungen geht die Treuhandstiftung „Stütze“ - eine Stiftung für psychisch kranke Menschen - an den Start. „Wir sind froh, dass wir nun eine Stiftung haben, die speziell diese meist am Rand des gesellschaftlichen Lebens stehenden Menschen in den Mittelpunkt stellt“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Schon der Apostel Paulus rede in

der Bibel davon, „über die Maßen beschwert“ zu sein und am Leben zu verzweifeln. Die Diakonie kann nun neben ihrem Regelangebot auch kurzfristig und unbürokratisch psychisch kranke Menschen unterstützen.

[Weiterlesen...](#)

CARITAS FREIBURG

[Caritas bittet um Spenden](#)

Sammelwoche vom 22. bis 30. September steht unter dem Motto „Hier und jetzt helfen.“

Freiburg (cpi). Vom 22. bis 30. September bittet die Caritas in der Erzdiözese Freiburg die Bevölkerung um Unterstützung für benachteiligte Menschen. Die Sammelwoche steht unter dem Leitwort „Hier und jetzt helfen“. Damit sie auf aktuelle Bedarfe und Notlagen reagieren kann, ist die Caritas auf Spenden angewiesen. „Not ist kein abstrakter Begriff“, sagt Diözesan-Caritasdirektor Thomas Herkert. Wer die Gesellschaft wach und realistisch in den Blick nehme, so Herkert, für den bekämen existenzielle Nöte und konkrete Hilfsbedürftigkeit Gesichter und zeigten sich in den Lebensumständen vieler Menschen: „Wenn das Einkommen einer Familie nicht mehr ausreicht, um das Nötigste zu beschaffen. Wenn Arbeit verloren geht. Wenn Einsamkeit, Krankheit oder einfach das Alter Beziehungsnetze zerreißen.“

[Weiterlesen...](#)

CARITAS ROTTENBURG-STUTTGART

[Journalistenpreis der Caritas in Baden-Württemberg: Einsendeschluss am 1. November 2018](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch bis 1. November 2018 läuft das Bewerbungsverfahren für den 30. Journalistenpreis der Caritas Baden-Württemberg. Beiträge, die eingereicht werden, sollen einen Bezug zu Baden-Württemberg haben und in der Zeit vom 1. Oktober 2017 bis 30. September 2018 erschienen sein. Sie können in einem Presseorgan abgedruckt, von einer Rundfunk- oder Fernsehanstalt ausgestrahlt oder in einem Online-Medium veröffentlicht worden sein.

Es werden drei Preise vergeben, das Preisgeld liegt bei insgesamt 6000 Euro. Die Caritas zeichnet mit dem Preis Beiträge aus, die ihren Blick auf soziale Themen richten und abbilden, was in unserer Gesellschaft im Sinne von Menschlichkeit und Solidaritätsstiftung passiert. Die eingereichten Artikel und Beiträge müssen nicht zwingend über die Arbeit von Caritas und Kirche berichten. Sie können von Menschen und Situationen handeln oder soziale Initiativen und Projekte vorstellen.

Über die Vergabe des Preises entscheidet eine fünfköpfige Jury bestehend aus Journalisten und Vertretern der Caritas. Die Preisverleihung erfolgt bei der Jahresauftaktveranstaltung der Caritas Baden-Württemberg am 6. Februar 2019 in Stuttgart.

Weitere Informationen und Teilnahmebedingungen unter:

<http://www.dicvrs.de/journalistenpreis>

<http://www.dicvfreiburg.caritas.de>

Wir freuen uns, wenn Sie uns Ihre Arbeit zukommen lassen

Eva-Maria Bolay und Thomas Maier

Tag der seelischen Gesundheit: Wenn sich Eltern nach der Trennung massiv streiten, sind Kinder die Hauptleidtragenden

„Mama, wenn du willst, hasse ich den Papa“

Hochstrittige Elternpaare können in speziellem Gruppentraining für Eltern lernen, wieder konstruktiv zusammenzuarbeiten und ihre Kinder in den Blick zu nehmen

Stuttgart, 9. Oktober – In den Psychologischen Beratungsstellen von Caritas und Diözese Rottenburg-Stuttgart ist die Anzahl der Elternpaare, die stark zerstritten sind, in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das berichten die Familien- und Lebensberatungsstellen. „Wenn sich die Eltern bis aufs Blut streiten, ist das für die Kinder eine schlimme Situation. Sie werden häufig nicht mehr in ihren Bedürfnissen wahrgenommen und sind die Hauptleidtragenden“, sagt Psychologin Elisabeth Ege-Harouna von der Familien- und Lebensberatung der Caritas in Biberach. Anlässlich des Tages der seelischen Gesundheit am 10. Oktober macht sie deutlich, dass getrennte Eltern, wenn sie sich bekriegen, ihre Kinder oft aus dem Blick verlieren und häufig sogar in den Konflikt ziehen. Um Eltern wie Kinder in dieser schwierigen Lebenssituation stark zu machen, bieten Caritas und Diözese ein spezielles Gruppentraining für hochstrittige Eltern in Trennung an. Die Standorte des Angebots sind Biberach, Tübingen, Ravensburg, Ludwigsburg, Waiblingen, Tuttlingen und Ulm.

[Weiterlesen...](#)

Sozialpolitisches Angebot

Wohlfahrtsverbände diskutieren mit Bundespolitikern

Freiburg/Karlsruhe/Stuttgart/Berlin, 27. September 2018 – Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände in Baden und Württemberg haben Abgeordnete des Deutschen Bundestages zum sozialpolitischen Fachgespräch geladen. In intensiven Diskussionen stellten Diakonie und Caritas den baden-württembergischen Politikern ihre Fachexpertise zur Verfügung. Themen des parlamentarischen Frühstücks in Berlin waren insbesondere Gesetzesvorhaben im Bereich der Behindertenhilfe und der Pflege.

[Weiterlesen...](#)

Politik und Rotes Kreuz ehren Dr. Lorenz Menz nach 16-jähriger Präsidentschaft

„Ein Mann des Ausgleichs und der Integration“ – mit diesen Worten ehrte Ministerpräsident Winfried Kretschmann Dr. Lorenz Menz, den Ehrenpräsidenten des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg. Ihm zu Ehren hatte der DRK-Landesverband am Mittwoch, 10. Oktober 2018 zu einer Feierstunde in das Bürgerhaus von Stuttgart-Möhringen eingeladen. Zu den rund 250 anwesenden Gästen gehörten hohe Vertreter aus Politik und Rotem Kreuz.

Im Namen des Präsidiums und der über 58.000 ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern und Mitarbeitern hatte die neugewählte Präsidentin des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg, Barbara Bosch, zahlreiche Gäste aus Politik, Verbänden, Behörden und aus der Rotkreuzfamilie zuvor begrüßt. Barbara Bosch dankte Dr. Menz für seine sechzehnjährige Tätigkeit als Präsident, die er mit diplomatischem Geschick, großer Erfahrung, unwahrscheinlichem Engagement und einem wertvollen Netzwerk in den Dienst des Rote Kreuzes gestellt habe.

[Weiterlesen...](#)

50. DRK-Landesversammlung - Barbara Bosch zur neuen Präsidentin gewählt

Stetten am kalten Markt, 29. September 2018

Die neue Präsidentin des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg heißt Barbara Bosch. Die 60-jährige Oberbürgermeisterin von Reutlingen wurde am 29. September von einer überwältigenden Mehrheit der 351 Stimmberechtigten mit nur zwei Enthaltungen zur ersten Präsidentin des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg gewählt. Barbara Bosch ist seit 2003 Oberbürgermeisterin und war bereits von 2002 bis 2014 Vizepräsidentin des DRK-Landesverbands.

[Weiterlesen...](#)

Zweiter Notfallsanitäter-Jahrgang des DRK in Baden-Württemberg mit 127 Absolventen beendet Ausbildung

Stuttgart/Herrenberg, 28. September 2018

Der Präsident des DRK-Landesverbands Badisches Rotes Kreuz, Jochen Glaeser, gratulierte heute in Herrenberg 127 an der DRK-Landesschule ausgebildeten Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern des zweiten Jahrgangs zur bestandenen Prüfung. Nach dem Abschluss ihrer dreijährigen Ausbildung können sie nun ihren Dienst in der Notfallrettung aufnehmen. Angesichts der angespannten Personalsituation im Rettungsdienst sind die frisch ausgebildeten Fachkräfte unverzichtbar für eine gute Notfallversorgung der Bevölkerung.

[Weiterlesen...](#)

IN EIGENER SACHE

Stellenausschreibung



Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V.

In der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V. sind die elf Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg zusammengeschlossen. Die Liga sucht zum 1.7.2019 eine

Geschäftsführung (m/w/d).

Sie erwartet:

Als Mitglied des Vorstands verantworten Sie zusammen mit dem ehrenamtlichen Vorstand der Liga die strategische Weiterentwicklung der Liga im engen Zusammenwirken mit den acht Fachausschüssen. Im Rahmen der Geschäftsverteilung vertreten Sie die/den Vorstandsvorsitzende/n bei offiziellen Terminen und Gremien.

Sie leiten die Geschäftsstelle mit Verantwortung für die finanziellen, wirtschaftlichen und personellen Belange des Vereins. Sie tragen Personalverantwortung für derzeit sieben Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle.

Ihnen obliegt insbesondere

- die rechtsgeschäftliche Vertretung im Rahmen der laufenden Geschäftsführung und Verwaltung des Vereins;
- die Koordination der Ligaarbeit und der Landesstelle für Suchtfragen;
- die Aufstellung des Wirtschafts- und Investitionsplans mit Stellenplan;
- die Aufstellung des Jahresabschlusses und des jährlichen Geschäftsberichts;
- die Gewährleistung eines innerbetrieblichen Controllings und eines Qualitätsmanagements;
- die Beantragung von Fördermitteln und öffentlichen Beihilfen.

Sie organisieren die Sitzungen der Mitgliederversammlung sowie des Vorstandes der Liga und koordinieren die Umsetzung der Beschlüsse.

Sie gewährleisten die Koordination von derzeit acht Fachausschüssen;

Sie verantworten die Öffentlichkeitsarbeit der Liga;

Sie organisieren Empfänge und Veranstaltungen.

Wir erwarten

eine Persönlichkeit mit abgeschlossenem Hochschul-/ Fachhochschulstudium und mehrjähriger Tätigkeit in verantwortlicher Position, vorzugsweise innerhalb der freien oder öffentlichen Wohlfahrtspflege. Erfahrungen in politischer Lobbyarbeit sowie Leitungserfahrung runden Ihr Profil ab.

Wir bieten Ihnen

ein anspruchsvolles Aufgabengebiet mit eigenständiger Leitungsverantwortung und großem Gestaltungsspielraum;
eine unbefristete Führungsposition;
eine dieser Position angemessene Bezahlung auf der Grundlage des TVL.

Sie fühlen sich angesprochen?

Dann senden Sie Ihre schriftliche Bewerbung bis zum 15.12.2018 an den Vorsitzenden der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Reinhold Schimkowski, Stauffenbergstraße 3, 70173 Stuttgart. Der Vorsitzende steht auch gern im Vorfeld für Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

www.liga-bw.de

Bitte verzichten Sie bei Ihrer Bewerbung auf Mappen und Plastikhüllen; die Unterlagen werden nach Abschluss der Bewerbungsgespräche nicht zurückgesendet.

[DOWNLOAD STELLENAUSCHREIBUNG](#)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.